

Förderpolitische Empfehlungen zur Stärkung und zum Ausbau engagement- fördernder Infrastruktureinrichtungen in Kommunen

Ein Großteil bürgerschaftlich Engagierter ist in verbandlich geprägten Organisationen und Einrichtungen aktiv. Die Verbände leisten somit wesentliche Beiträge für die Infrastruktur der Engagementförderung. Sie sind dabei ständig gefordert, die Rahmenbedingungen für Engagierte in ihren Organisationszusammenhängen fortzuentwickeln und zu verbessern. Es ist Aufgabe der Träger, Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen und ein engagementfreundliches Klima zu pflegen, um das Miteinander von Haupt- und Ehrenamt Gewinn bringend für alle Beteiligten, besonders für die Nutzer der sozialen Dienste, zu gestalten. Diese Aspekte gilt es, im Rahmen der Organisationsentwicklung von Verbänden, Einrichtungen und Diensten zu verankern und zu stärken.

Dieses Papier setzt die Bedeutung der Trägerorganisationen als einer zentralen Infrastruktur der Engagementförderung voraus. Im Mittelpunkt der vorliegenden Empfehlungen stehen spezielle Einrichtungen der Engagementförderung (Infrastruktureinrichtungen) und ihre Bedeutung. Als die bekanntesten und verbreitetsten Typen stehen hier Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Infrastrukturelle Voraussetzungen schaffen, stabilisieren, stärken

Bürgerschaftliches Engagement ist an infrastrukturelle Voraussetzungen geknüpft. Das beginnt bei der räumlichen Infrastruktur und reicht von der Erreichbarkeit der Handlungsorte bis hin zum Vorhalten von Angeboten für Engagierte. Dazu gehören ein gutes Management, Weiterbildungsmöglichkeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen, die Anerkennung des Engagements sowie das Schaffen von Leitbildern und Strukturen in Organisationen, Verbänden und Einrichtungen. Dementsprechend muss eine engagementfördernde Infrastruktur ermöglichende, unterstützende und begleitende Elemente beinhalten.

Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen sind Katalysatoren

Engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen haben sich durch Kontakte, Information, Beratung u.a. zu wichtigen Motoren der Infrastrukturentwicklung und Türöffnern für Bürgerengagement entwickelt. Sie erbringen vielfältige Nutzen und Leistungen vor allem für die kommunale Infrastruktur, indem sie bereichs- und trägerübergreifend Verbindungen und Begegnungen schaffen und den Erfahrungsaustausch fördern.

Aktuelle Situation

Die vordringliche Aufgabe für die öffentliche Hand und Privatwirtschaft, für zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände kann daher nur in einer grundständigen Förderung dieser Einrichtungen sowie in der Motivation und Gewinnung der Bürgerinnen und Bürger für die Mitarbeit bestehen. Ein gesteigertes bürgerschaftliches Engagement, das den sozialen Zusammenhalt und die solidarische Gesellschaft fördert, nutzt dem Staat und der Gesellschaft. Indem der Staat seine Bürgerinnen und Bürger stärkt, stärkt er letztlich sich selbst.

Was den Infrastruktureinrichtungen konkret fehlt, ist eine Stärkung ihrer Rolle als Mittler und Entwickler. Dafür brauchen sie ausreichend Wissen und angemessene Ressourcen, eine bessere Vernetzung und die Abstimmung der unterschiedlichen vorhandenen Engagementformen.

Nahezu alle Bundesländer beteiligen sich inzwischen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – an der Förderung von Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen und -zentren, Nachbarschaftszentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros. Diese Förderung erfolgt in unterschiedlichen Formen. Sie kann von der Aufbau- und Entwicklungsberatung durch Landesagenturen über die Vermittlung übergreifender finanzieller Fördertöpfe bis hin zur Landesförderung durch Anschub- und Projektfinanzierung, Mitfinanzierung etc. reichen. Die Personaldecke in den Agenturen für Bürgerengagement reicht von einer halben bis

maximal drei bis vier Stellen. Entscheidend für die Einrichtungen ist eine Absicherung mit hauptamtlichem Personal, das professionellen Standards genügen muss.

Förderpolitische Konsequenzen und Empfehlungen

Soll das ehrgeizige Projekt einer Bürgergesellschaft erfolgreich sein, müssen Bedingungen und Unterstützungsformen für die engagementunterstützende Infrastruktur in den Kommunen weiterentwickelt werden. Aus den Erkenntnissen über Nutzen und Leistung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen für bürgerschaftliches Engagement lassen sich folgende förderpolitisch-strategische Konsequenzen und Empfehlungen für Kommunen, Länder und Bund gewinnen:

1. Infrastruktureinrichtungen grundständig und nachhaltig fördern

Infrastruktureinrichtungen, die eine gezielte Engagementförderung professionell, verlässlich und kompetent betreiben, benötigen eine grundständige Absicherung mit verbesserten Möglichkeiten von Mischfinanzierungen. Dafür sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern sowie Formen der Beteiligung der Kommunen und Länder an den Kosten engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen zu stärken, die über eine Anschub- oder Modellfinanzierung hinausgehen. In anerkannter Weise haben Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, Lotterien, die gesetzlichen Krankenkassen u.a. erhebliche finanzielle Mittel

zum Aufbau und Weiterentwicklung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen eingebracht. Nötig ist eine grundständige, nachhaltige Förderung von engagementunterstützenden Infrastruktureinrichtungen mit eigenständigem Profil, unter Einschluss von Mitteln der öffentlichen Hände.

2. *Auf- und Ausbau engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen*

Um bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren, bedarf es der Förderung und Unterstützung bereits bestehender Infrastruktureinrichtungen, deren Kooperation und Vernetzung sowie fachlichen Weiterentwicklung. Länder sollten Kommunen, Städte, Landkreise und Verbände zum Auf- und Ausbau von engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen anregen und dabei unterstützen.

3. *Kooperation von Infrastruktureinrichtungen*

Bürgerschaftliches Engagement lebt von und in Netzwerken, von ihrer Vielfalt und ihrem Entwicklungspotenzial. Partnerschaften, Kooperationsstrukturen und Bündnisse sind sehr gut geeignet, freiwilliges engagiertes Handeln zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Arbeitsfelder, Zielgruppen, Nutzen- und Leistungsprofile engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen erweisen sich kooperative Modelle für eine professionelle und verlässliche Infrastruktur als erfolgsversprechend, ebenso wie Agenturen für Bürgerengagement

mit einem themenübergreifenden Leistungsprofil, die sich an alle Altersgruppen wenden.

4. *Engagementförderung in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen ist eine Gemeinschaftsaufgabe*

Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements, der öffentlichen Hand, der Wirtschaft, der Sozialversicherung, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verbänden sowie die Unterstützung der Kooperation und Vernetzung engagementfördernder Infrastruktureinrichtungen vor Ort gilt es zu verbessern. So könnten die fördernden Akteure beispielsweise verbindliche Vereinbarungen mit engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen zur Gewährleistung organisatorischer und fachlicher Standards abschließen.

5. *Mehr Miteinander statt Nebeneinander*

Engagementförderung ist dann erfolgreich, wenn sie bereichsübergreifend und vernetzt in Kooperation mit anderen Förderern erfolgt. Notwendig ist eine viel stärkere Einbindung der Einrichtungen in das Gemeinwesen. Dies umfasst die stärkere Kooperation und Kommunikation der Kommunen, Städte, Landkreise und Länder mit engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen, um einheitliche Standards zu schaffen.

6. Nutzen und Leistung einer intensiven Engagementförderung verstärkt vermitteln

Den Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements – Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen – sollten Nutzen und Leistung einer intensiven Engagementförderung besser vermittelt werden. Dies kann z.B. durch spezielle Medienpakete oder durch bekannte Persönlichkeiten und Mandatsträger geschehen, die der Idee der Engagementförderung aufgeschlossen gegenüberstehen, weil ihnen der Nutzen dieses Engagements und der engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen bewusst ist. Die Basis für eine effek-

tive Engagementförderung ist die Offenheit und die damit verbundene Öffnung von Politik und Verwaltung, die den Nutzen von bürgerschaftlichem Engagement begreifen muss, damit es zu einer Entwicklung bzw. Ausweitung der Bürgergesellschaft kommt. ■

Hinweis:

Die „Förderpolitischen Empfehlungen zur Stärkung und zum Ausbau engagementunterstützender Infrastruktureinrichtungen in Kommunen“ hat der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) am 27.9.2005 beschlossen; die Beschlussvorlage hatte die Projektgruppe 1 „Rahmenbedingungen“ erarbeitet.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement fordert eigenständigen Ausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag

Der Sprecherrat des Bundesnetzwerkes BBE hat die Einrichtung eines eigenständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages für bürgerschaftliches Engagement gefordert. In der letzten Legislaturperiode war ein entsprechender Unterausschuss tätig und dem Familienausschuss zugeordnet. Bei aller wichtigen Arbeit, die dieser Unterausschuss geleistet habe, bei allen Anregungen und Erfolgen bei der Verbesserungen der Engagementförderung sei dennoch ein großer Teil der Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ noch nicht umgesetzt. Zu den vom BBE geforderten Reformimpulsen zählt auch die Förderung spezieller Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V., Gründungsmitglied des BBE, trägt die Forderung nach Einrichtung eines eigenständigen Ausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ im Deutschen Bundestag mit. ■

(Quelle: <http://www.b-b-e.de/aktuelles>)